



Landratsamt Fürth
Amtsperiode 2020/2026

Niederschrift über die öffentliche 3. Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses

Sitzungsdatum: Donnerstag, 11.03.2021
Beginn: 08:30 Uhr
Ende: 09:36 Uhr
Ort: Landratsamt Fürth, Stresemannplatz 11, Sitzungssaal

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Landrat Dießl, Matthias

Ausschussmitglieder

Kreisrat Ammon, Erich
Kreisrat Förster, Theodor
Kreisrätin Franz, Irene
Kreisrat Höfer, Bertram, 2. Bürgermeister
Kreisrätin Igel, Angelika
Kreisrat Köninger, Peter
Kreisrat Peter, Thomas
Kreisrat Reuther, Christoph
Kreisrat Röhn, Martin
Kreisrat Ruf, Fritz
Kreisrätin Schöttner, Marie
Kreisrätin Thomas, Cornelia
Kreisrat Zimmermann, Bernd, 1. Bürgermeister

Vertretung für Herrn Wolfram Schaa

Schriftführer/in

Greger, Yvonne Verwaltungsangestellte

Verwaltung

Beer, Jürgen Verwaltungsinspektor
Hübner, Monika Regional- und Wirtschaftsförderung
Kohler, Martin Verwaltungsamtsrat
Müller, Andrea Verwaltungsfachangestellte
Tafel, R. IT-Einrichtung, IT-Benutzerservice
Walter, Karin Oberregierungsrätin

Presse

Ehm, Harald Redakteur Fürther Nachrichten

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Kreisrätin Hauber, Sandra
Kreisrat Schaa, Wolfram

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 1. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 22.09.2020 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die 2. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 25.11.2020 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
- 3 Mitteilungen
- 4 Sammlung von Speisefetten per Sammelautomat **018/2021**
- 5 Antrag Die Linke/ÖDP Fraktion vom 12.11.2020; Auswirkungen eines Beschlusses im Bereich Umwelt und Klima **031/2021**
- 6 Antrag B´90/Die Grünen Fraktion vom 14.01.2021; Neuausrichtung des Klimaschutzkonzepts des Landkreises bis 2030 bzw. Vorgabe des 60% CO2-Reduktionszieles **029/2021**
- 7 Antrag B´90/Die Grünen Fraktion vom 14.01.2021; Photovoltaik-Anlagen auf den Gebäuden des Landratsamtes in Zirndorf **032/2021**
- 8 Antrag B´90/Die Grünen Fraktion vom 14.01.2021; Zielsetzung 2030 für den Bereich ÖPNV und Radverkehr im Modal Split **024/2021**
- 9 Antrag SPD Fraktion vom 15.11.2020; Änderung der Abfallwirtschaftssatzung **026/2021**
- 10 Anfragen

Landrat Matthias Dießl eröffnet um 08:30 Uhr die 3. Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Umwelt- und Verkehrsausschusses fest. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 1. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 22.09.2020 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage

Gegen die Niederschrift über die 1. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 22.09.2020 und die Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage bestehen keine Einwendungen.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 2. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 25.11.2020 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage

Gegen die Niederschrift über die 2. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 25.11.2020 und der Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage bestehen keine Einwendungen.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

TOP 3 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 4 Sammlung von Speisefetten per Sammelautomat

8:31 Uhr Kreisrat Bertram Höfer kommt zur Sitzung

Kreisrätin Irene Franz (SPD) erklärt, die SPD-Fraktion vertrete die Meinung, dass es durchaus noch Potential für gezieltere Wertstoffsammlung gebe. Nicht jeder Bürger trage sein Glas Fett zum Wertstoffhof. Deswegen sollte man weiter über Lösungen nachdenken.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Bürger Speisefette bei beiden Wertstoffhöfen abgeben können. Kleinere Mengen können über den Restmüll entsorgt werden. Die Auswirkungen auf die Kläranlagen betreffend, hätten alle Kommunen klargemacht, dass die Anlagen mit Speisefetten, die über das Abwasser entsorgt werden, keine Probleme haben und keine erhöhten Kosten verursachen. Alle Kläranlagen verfügen über einen Fettabscheider, um Fett herauszunehmen und dem ordnungsgemäßen Entsorgungsweg zuzuführen. Er betont, dass sich das Landratsamt weiteren Ideen nicht verschließen werde. Jedoch stünden bei einer Speisefettsammlung durch flächendeckende Sammelcontainer Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis.

Beschluss:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt nach Abwägung von Kosten und Nutzen keine flächendeckende Sammlung von Speisefetten mittels Sammelcontainer einzuführen. Vielmehr wird die Sammlung von Speisefetten aus privaten Haushalten ausschließlich bei den Wertstoffhöfen belassen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 13 Nein 1

| | |
|--------------|---|
| TOP 5 | Antrag Die Linke/ÖDP Fraktion vom 12.11.2020; Auswirkungen eines Beschlusses im Bereich Umwelt und Klima |
|--------------|---|

Kreisrätin Marie Schöttner (Die Linke/ÖDP) findet es sehr positiv, dass bereits geplant sei, die Auswirkungen eines Beschlusses im Bereich Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit bei der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie einfließen zu lassen. Sie schlägt vor, den Beschlussvorschlag auch dementsprechend zu formulieren und einen Stichtag für die Umsetzung festzulegen.

Der **Vorsitzende** erklärt, eine pauschale Zustimmung könne er dem Gremium nicht empfehlen. Würde man der Antragstellung folgen, müsste jeder Beschluss im Hinblick auf Umweltfreundlichkeit bewertet werden. Eine solche Bewertung mache nicht bei jedem Beschluss Sinn. Zuerst müsse das „Wie“ definiert werden, um konkrete Handlungsvorgaben zu erarbeiten und Vorschläge zu unterbreiten.

Zur Frage eines Stichtags für die Umsetzung erläutert er, der Kreistag habe beschlossen, eine ½ Stelle im Rahmen des Haushalts für die Nachhaltigkeitsstrategie zu schaffen. Aufgrund der noch fehlenden Personalressource könne die Verwaltung heute noch keine Zeitpläne mitteilen. Man werde aber in einem der nächsten Sitzungsblöcke einen Fahrplan vorlegen. Er informiert das Gremium über den aktuellen Stand des Projekts Global Nachhaltige Kommune und dass er die Absicht habe, diese Stelle ab 01.04.2021 mit Monika Hübner (Kordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik) zu besetzen.

Kreisrat Martin Röhn (B'90/Die Grünen) teilt die Meinung von Kreisrätin Schöttner. Er befürchtet, dass die Umsetzung ohne Zieldatum hinten runterfallen könnte. Seine Fraktion werde den Beschlussvorschlägen der folgenden Anträge ohne konkreten Zeitplan nicht zustimmen können.

Der **Vorsitzende** führt aus, der Landkreis habe sich zum Ziel gesetzt, eine Nachhaltigkeitsstrategie aufzustellen. Diese Strategie soll gemeinsam entwickelt werden. Aktuell verschaffe man sich einen Überblick über die vielfältigen Aspekte und Ideen einer nachhaltigen Entwicklung. Die Einführung eines Prüfpunkts hinsichtlich Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit für Beschlüsse werde in die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landkreises mit aufgenommen.

Er bezeichnet die Forderung, bereits heute einen konkreten Zeitplan zu benennen, als „völlig aus der Luft gegriffen“. Für eine inhaltlich gute Auseinandersetzung müsse man das Gesamte betrachten und daraus einen Zeitplan aufstellen. Er verweist nochmals auf die Förderung des Projekts Global Nachhaltige Kommune seitens des Bundes und die ab 01.04. zur Verfügung stehende Personalressource.

Irritiert zeigt sich der Vorsitzende über die Aussage, dass man Beschlüsse fasse, die dann hinten runterfallen. Dies sei nicht die Arbeitsweise der Landkreisverwaltung.

Kreisrat Erich Ammon (FW) bezeichnet die Anträge zu TOP 5 und 6 als Schauanträge, bei denen Arbeitsaufwand und Kosten kritisch hinterfragt werden sollten. Im Landkreis werde viel getan und wie von Landrat Dießl ausgeführt, die Themen bearbeitet.

Kreisrat Christoph Reuther (CSU) möchte eine Lanze für die Nachhaltigkeitsstrategie brechen, die alle gemeinsam beschlossen hätten. Es mache keinen Sinn, heute ein konkretes Datum festzulegen. Die Landkreisverwaltung achte auf die Umsetzung. Daher werde der Antrag

auch als erledigt betrachtet. Die CSU Fraktion unterstütze den Beschlussvorschlag der Verwaltung, der absolut richtig sei.

Beschluss:

Da die Thematik „Prüfpunkt Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit für alle Beschlussvorlagen der Verwaltung“ bei der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landkreises im Rahmen des Projekts Global Nachhaltige Kommune einfließen wird, ist der Antrag vom 12.11.2020 erledigt.

Mehrheitlich beschlossen Ja 10 Nein 4

| | |
|--------------|--|
| TOP 6 | Antrag B´90/Die Grünen Fraktion vom 14.01.2021; Neuausrichtung des Klimaschutzkonzepts des Landkreises bis 2030 bzw. Vorgabe des 60% CO2-Reduktionszieles |
|--------------|--|

Kreisrat Martin Röhn (B´90/Die Grünen) erklärt, seine Fraktion denke, dass sich die Handlungen mit dem aktuellen Fahrplan, wie in der Beschlussvorlage ausgeführt, verzögern werden. Nachdem die Zielsetzung von 60 Prozent CO2-Reduktion bereits beschlossen sei, schlage man vor, inoffiziell ein Klimaschutzkonzept 2.0 bis 2030 auszuarbeiten und zu schauen, was der Landkreis davon mit oder ohne Förderung umsetzen könne. Zusätzlich wünsche man sich eine jährliche Klimaschutzkonferenz mit Vertreter/innen der Kommunen, um die Vernetzung zu verbessern.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** zum damit verbundenen erhöhten Ressourcenbedarf und den dafür notwendigen Haushaltsmitteln, formuliert **Kreisrat Röhn** den Vorschlag neu. Die Forderungen bzw. die Handlungen sollen in die neue Nachhaltigkeitsstrategie im Rahmen des Projekts Global Nachhaltige Kommune, wie in der Beschlussvorlage ausgeführt, eingearbeitet werden, um das CO2-Ziel von 60 Prozent Reduktion bis 2030 zu erreichen. Außerdem würde sich die Fraktion die Einführung einer jährlichen Klimaschutzkonferenz wünschen.

Der **Vorsitzende** führt aus, grundsätzlich könne der Landkreis keine Nachhaltigkeitsstrategie aufbauen und zusätzlich ein Klimaschutzkonzept 2.0. erarbeiten. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung sei, den Aspekt 60 Prozent CO2 Reduktionsziel bei der Erarbeitung des Projekts Global Nachhaltige Kommune mit aufzunehmen. So könne man zusätzlich zum vorhandenen Klimaschutzkonzept im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Maßnahmen erarbeiten, um das 60 % Ziel zu erreichen. Er weist darauf hin, dass die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie eine Beteiligung aller Fraktionen des Kreistages vorsehe, um ihre Ideen und Ziele einzubringen. Dazu gehöre beispielsweise die Form der Vernetzungsmöglichkeiten. Die Idee einer jährlich stattfindenden Klimaschutzkonferenz werde man in die Niederschrift aufnehmen.

Beschluss:

Da die Thematik „Vorgabe des 60% CO2-Reduktionszieles“ bei der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landkreises im Rahmen des Projekts Global Nachhaltige Kommune einfließen wird, ist der Antrag vom 14.01.2021 erledigt.

Mehrheitlich beschlossen Ja 10 Nein 4

| | |
|--------------|--|
| TOP 7 | Antrag B´90/Die Grünen Fraktion vom 14.01.2021; Photovoltaik-Anlagen auf den Gebäuden des Landratsamtes in Zirndorf |
|--------------|--|

Beschluss:

Der Antrag vom 14. Januar 2021 ist erledigt.

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0

Kreisrat Martin Röhn (B´90/Die Grünen) führt aus, seine Fraktion sei damit einverstanden, die Zielsetzung des Modal Split für den Bereich Radverkehr zurückzustellen. Zur Teilnahme an der bundesweiten Studie des BMVI zur Ermittlung des Modal Split bittet er darum, den Beschlussvorschlag konkret zu formulieren, dass der Landkreis regelmäßig an der Studie teilnehmen wird. Der **Vorsitzende** erklärt, es spreche nichts gegen eine Konkretisierung. Der Beschlussvorschlag werde angepasst.

Kreisrat Erich Ammon (FW) betont, man müsse die Rahmenstrukturen verbessern und attraktive Angebote im Nah- und Radverkehr schaffen, um solche Ziele für den Bereich ÖPNV und Radverkehr zu erreichen. Dies tue der Landkreis bereits. Er habe den Eindruck, dass B´90/Die Grünen versuchen, Themen mit Zwang durchzusetzen. Man könne die Bürger nur motivieren und mitnehmen. Zwänge aufzubauen und etwas vorzuschreiben, halte er für den falschen Weg.

Der **Vorsitzende** erwidert, es sei bisher Zielsetzung des Gremiums gewesen, Menschen durch Attraktivitätssteigerung für den ÖPNV und den Radverkehr zu gewinnen. Die Wahl habe jeder selbst. Außerdem müsse ein Zielwert definiert werden, der bei Umsetzung aller Maßnahmen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln realistisch erscheint.

Kreisrätin Marie Schöttner (Die Linke/ÖDP) merkt im Zusammenhang mit dem Wortbeitrag von Kreisrat Ammon an, sie sehe es nicht so, dass man mit diesen Zielsetzungen dem Bürger etwas vorschreiben wolle. Man müsse den ÖPNV attraktiv und als echte Alternative gestalten. Sie beantragt, über die einzelnen Absätze des Beschlussvorschlags getrennt abzustimmen.

Auch **Kreisrat Thomas Peter** (FDP) geht auf den Wortbeitrag von Kreisrat Ammon ein. Aus seiner Sicht seien die neuen Ziele für den Bereich ÖPNV und Radverkehr unrealistisch. Er fragt nach den Folgen für die Bürger, sollte der Landkreis die Zielsetzungen für den ÖPNV und Radverkehr von 20 und 25 Prozent nicht erreichen. Er befürchtet Einschränkungen im Autoverkehr und dass Verbote ausgesprochen werden, um die Zielvorgaben zu erreichen.

Der **Vorsitzende** stellt richtig, dass nicht die Landkreisverwaltung die Zielsetzungen für den ÖPNV von 25 Prozent und für den Radverkehr von 20 Prozent ausgegeben habe.

Generell müssen Ziele realistisch sein. Daher befürworte die Verwaltung konkret beim Radfahren eine Zielsetzung. Ausgehend von der aktuellen Lage sei es mit den Maßnahmen und Handlungsempfehlungen aus dem Radverkehrskonzept realistisch, eine Steigerung von X zu erreichen. Dabei wäre der Modal-Split ein geeignetes Kriterium, den Radverkehrsanteil zu messen. Er weist darauf hin, dass die Ergebnisse der letzten Modal Split Erhebung aus dem Jahr 2017 seien. Zu diesem Zeitpunkt hätten viele der Maßnahmen noch nicht gegriffen, wie die Arbeit der Radverkehrsbeauftragten und Marketingmaßnahmen. Bei einer Messung in 2020 gehe die Verwaltung fest von einer Erhöhung des Radverkehrsanteils am Modal-Split aus.

Betrachte man die Wirkung von Maßnahmen beim ÖPNV, habe der Landkreis in der Erhebung im Jahr 2017 eine Steigerung von 7 auf 10 Prozent erzielt. Mit einer ganzen Reihe von Verbesserungsmaßnahmen für das ÖPNV-Angebot, insbesondere durch den massiven Ausbau der Buslinien, habe der Landkreis in den letzten Jahren einen guten Zuwachs der Fahrgastzahlen erreicht. Man müsse aber auch beachten, dass der Landkreis bei zahlreichen Aspekten keine Möglichkeit habe, Einfluss zu nehmen.

Zur Frage, wie man damit umgehe, wenn ein realistischer Zielwert nicht erreicht werde, führt der Vorsitzende aus, hier müsse sich die Verwaltung nach dem Grund für die Nichterreichung fragen, Rückschlüsse herleiten und Maßnahmen bewerten. Außerdem könne es nötig werden, dass dafür erst die entsprechenden Rahmenbedingungen durch Bund und Land gesetzt werden müssen.

Kreisrat Christoph Reuther (CSU) sieht in der Intention des Antrags, mehr Leute dazu zu bewegen, den ÖPNV und das Rad zu nutzen und den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Dies sei absolut zu begrüßen, aber nichts Neues. Dies versuche der Landkreis seit Jahren durch jede einzelne Maßnahme zu erreichen. Aus seiner Sicht schaffe man mit dieser „Mond-Zielsetzung“ nur Frustration. Sinnvoller wäre es, ÖPNV und Radverkehr durch konkrete Verbesserungmaßnahmen so attraktiv wie möglich zu gestalten und mit regelmäßigem Controlling durch die Verwaltung die Wirksamkeit der Maßnahmen zu bewerten und auf neuen Bedarf zu reagieren.

Kreisrat Martin Röhn hält das Argument, irgendjemanden etwas zu verbieten, als vorgeschoben. Ein ambitioniertes Ziel sei wichtig, um dem Gremium eine Zielsetzung zu geben. Dies sei nichts, was man dem Bürger vorschreiben wolle, sondern ein Richtwert an dem sich das Handeln des Gremiums ausrichten soll.

Kreisrätin Cornelia Thomas (B'90/Die Grünen) bezieht sich auf die vorangegangene Diskussion. Dies sei eine harte Ansprache an die Politik der Grünen. Den Grünen werde immer vorgeworfen, Verbote auszusprechen. Davon könne keine Rede sein. Es gehe darum, eine Bewusstseinsänderung bei den Bürgern zu schaffen. Sie macht deutlich, dass das Gremium Zielsetzungen brauche, um auf konkrete Ergebnisse hinarbeiten zu können.

Kreisrat Bernd Zimmermann (CSU) verweist auf seine langjährige Arbeit im Umwelt- und Verkehrsausschuss und als Bürgermeister. In dieser Zeit habe sich sehr viel im Bereich ÖPNV und Radverkehr getan. Die Radbeauftragten in den Kommunen würden gemeinsam mit dem Landkreis sehr gute Arbeit an der Basis leisten. Bedarfsorientierte Angebote im ÖPNV würden ständig weiterentwickelt sowie landkreisübergreifende Busverbindungen angeboten. Er habe den Eindruck, dass die Zahlen im ÖPNV stetig steigen. Die Zielsetzung müsse sein, dass die Bürger diese Maßnahmen bewusst wahrnehmen und nutzen. Dies sei für ihn der richtige Weg, nicht irgendwelche Zahlen.

Kreisrat Erich Ammon erwidert, nichts Anderes hätte er eingangs gesagt. Der Landkreis arbeite ständig an der Verbesserung der Infrastruktur und habe viel erreicht. Man müsse die Bürger motivieren, diese Angebote anzunehmen. Mit hoch gesetzten Zahlen erreiche man das Gegenteil. Er werde der Zielsetzung eines Modal Split im Radverkehr von 20 Prozent und im ÖPNV von 25 Prozent nicht zustimmen, weil diese Zahlen unrealistisch seien.

Abschließend hält der **Vorsitzende** fest, die Diskussion zeige ein klares Votum dafür, dass man weiterhin eine Verkehrsveränderung im Landkreis erreichen wolle. Man wolle weiterhin dafür sorgen, dass mehr Menschen das Fahrrad als attraktives Verkehrsmittel sehen und häufiger nutzen. Man wolle auch erreichen, dass der ÖPNV im Landkreis stetig an Attraktivität gewinnt, um mehr Menschen zu überzeugen, vom PKW auf den ÖPNV umzusteigen. Die Diskussion zeige auch, dass sich der Landkreis realistische Ziele setzen müsse, die man unter Berücksichtigung der Ausgangslage und den zur Verfügung stehenden Mitteln und Maßnahmen letztendlich auch erreichen könne.

Daher schlage die Verwaltung beim Radverkehr vor, einen realistischen Zielwert im Modal-Split-Bereich erst nach Fertigstellung des Radverkehrskonzepts festzusetzen. Beim ÖPNV würde man auf die Zielsetzung eines Modal-Split verzichten und sich stattdessen weiterhin ganz nah am jährlichen ÖPNV Controlling orientieren.

Über die Absätze des Beschlussvorschlags stimmt das Gremium getrennt ab. Absatz 1, Satz 2 wird dahingehend geändert, dass eine regelmäßige Teilnahme an der bundesweiten Studie stattfindet.

Abstimmung Absatz 1

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0

Beschluss:

Der Landkreis Fürth beteiligt sich im Rahmen einer regionalen Aufstockung der Datenanalyse an der geplanten Studie des BMVI zur Ermittlung des Modal-Split und sieht entsprechende Haushaltsmittel vor. Eine regelmäßige Teilnahme an der bundesweiten Studie findet statt.

Abstimmung Absatz 2

Mehrheitlich beschlossen Ja 10 Nein 4

Beschluss:

Der Antrag im Hinblick auf die Zielsetzung eines Modal Split im Bereich ÖPNV von 25% wird abgelehnt. Die Evaluation über die bisher angewandten Methoden wird fortgesetzt.

Abstimmung Absatz 3

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0

Beschluss:

Der Antrag im Hinblick auf die Zielsetzung eines Modal Split im Bereich Radverkehr von 20 % wird zurückgestellt. Eine Zielsetzung des Modal-Split soll nach Fertigstellung des Radverkehrskonzeptes erfolgen.

TOP 9 Antrag SPD Fraktion vom 15.11.2020; Änderung der Abfallwirtschaftssatzung

Kreisrätin Irene Franz (SPD) begründet den Antrag der SPD-Fraktion. Sie bezweifelt, dass die Bürger weniger Sträucher schneiden würden, wenn die wöchentliche Abfuhr der Biomülltonne nicht verlängert werde. Die zusätzlichen Leerungen seien der Wunsch von vielen Bürgern. Außerdem weist Sie darauf hin, dass das Landratsamt vor Jahren die Biomüllabfuhr massiv propagiert habe, damit Gartenabfälle nicht über den Restmüll entsorgt werden.

Der **Vorsitzende** erwidert, das Landratsamt propagiere die Biomülltonne nach wie vor. Der Landkreis habe die Biotonne eingeführt, als es noch keine Verpflichtung hierzu gegeben habe und sei mit 44 Biomülltonnen-Leerungen pro Jahr in der Region absoluter Spitzenreiter. Die Biotonne werde von den Bürgern immer besser angenommen. Die Eigenkompostierquote sei rückläufig. Im Weiteren verweist er auf die Erläuterungen des Kreisfachberaters. Aus Sicht der Verwaltung sei eine Ausweitung der wöchentlichen Biomüllabfuhr aus abfallwirtschaftlichen, ökologischen und gärtnerischen Gründen nicht erforderlich.

Beschluss:

Unter Bezugnahme auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2020 empfiehlt der Umwelt- und Verkehrsausschuss dem Kreistag den Antrag abzulehnen und den bisherigen Sammelrhythmus der Biomüllabfuhr beizubehalten.

Mehrheitlich beschlossen Ja 13 Nein 1

Auf Nachfrage von **Kreisrätin Marie Schöttner** (ÖDP/Die Linke) antwortet der **Vorsitzende**, dass der Landkreis für seine Landkreisliegenschaften 100 Prozent Ökostrom beziehe.

Auf eine weitere Anfrage von **Kreisrätin Schöttner** zur Schülerbeförderung erklärt der **Vorsitzende**, dass diese nicht dem Geschäftsbereich des Umwelt- und Verkehrsausschusses zuzuordnen sei. Er schlägt vor, ihre Anfrage dem Landratsamt schriftlich zuzuleiten.

Weiterhin spricht **Kreisrätin Schöttner** an, dass in einigen Zügen im Regionalverkehr die Fahrkartensysteme nun im Zug seien. An diesen Automaten sei keine Kartenzahlung möglich und keine Fahrkarten des Fernverkehrs erhältlich. Sie möchte wissen, ob hier eine Optimierung vorgesehen sei.

Der **Vorsitzende** erklärt, dies betreffe Strecken der Mittelfrankenbahn und sei Thema des Freistaats Bayern. In Bereichen, wo Fernverkehr möglich ist, beispielsweise am Bahnhof Siegelshausen, würden auch weiterhin Fahrkartensysteme für Fahrkarten des Fernverkehrs stehen. Er habe in der Zeitung gelesen, dass bei den Fahrkartensystemen in den Zügen keine Kartenzahlung wegen lückenhafter Netzabdeckung möglich sei. Auch er halte das nicht für kundenfreundlich. Abschließend verweist er darauf, dass immer mehr Fahrgäste ihr Ticket online kaufen.

Kreisrätin Irene Franz (SPD) macht einen Vorschlag zur geplanten Verkehrsinsel in Burggrafenhof. Bis zum Bau der Verkehrsinsel schlägt sie vor, übergangsweise von Keidenzell kommend einen Geschwindigkeitstrichter, wie in Horbach, zu verwenden. Die Geschwindigkeit könne man damit erst auf 70 und dann auf 50 km/h reduzieren.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Geschwindigkeitsfestsetzungen zu den staatlichen Aufgaben des Landratsamtes gehören. Grundsätzlich sehe die StVO den Einsatz von Geschwindigkeitstrichtern nicht vor. In Horbach sei der Geschwindigkeitstrichter aufgrund eines nicht zulässigen Fahrbahnteilers zur Unfallvermeidung eingerichtet worden.

Kreisrat Martin Röhn (B'90/Die Grünen) fragt nach dem aktuellen Stand der Radwege App des Freistaats Bayern, an die auch der Landkreis angebunden werden soll. Die Frage wird von der Verwaltung schriftlich beantwortet.

Schriftliche Antwort der Verwaltung an Kreisrat Röhn vom 29.03.2021:

Für die Freizeitradler steht das „Bayernnetz für Radler“ zur Verfügung. Die App wurde im August 2020 von Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger vorgestellt und beinhaltet unter anderem

- einen Radroutenplaner mit verschiedenen Routingoptionen,
- Länge, Fahrzeit, Höhenprofil und Steigungsmeter,
- eine Übertragung der geplanten Routen vom PC auf die App,
- Informationen für die ca. 125 Routen des Bayernnetzes für Radler,
- über 50.000 km Radnetz mit Angaben zur Wegeoberfläche,
- verschiedene Hintergrundkarten und Luftbilder sowie
- die Anzeige der aktuellen Position.

Ab 2021 ist auch eine Offlinefunktion vorgesehen. Die App ist im Apple AppStore und in Google Play kostenlos erhältlich.

Der Landkreis Fürth ist im Bayernnetz für Radler enthalten und somit auch in der App. Das Bayernnetz für Radler ist ein landesweites Fernradwegenetz auf rund 9.000 km Länge. Die Wege aus diesem Routennetz erfüllen verschiedene Qualitätskriterien, die eine Orientierung auf verkehrssicheren Wegen und ein familienfreundliches Radeln ermöglichen ([Bayernnetz für Radler | Landesentwicklung Bayern \(landesentwicklung-bayern.de\)](https://www.landesentwicklung-bayern.de)). Es ist ein gemeinsames Projekt der Bayerischen Staatsministerien für Wohnen, Bau und Verkehr sowie für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie.

Wie oben beschrieben bezieht sich das Bayernnetz für Radler in erster Linie auf Freizeitradwege. Da Freizeit- und Alltagsradler allerdings verschiedene Anforderungen an ein Radnetz stellen (zum Beispiel bevorzugen Alltagsradler direkte, schnelle Verbindungen wohingegen Freizeitradler eher landschaftlich schöne Routen bevorzugen) will das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr nun auch ein bayernweites Alltagsradwegenetz („Radverkehrsnetz Bayern“) erstellen. Dies soll alle bayerischen Gemeinden möglichst durchgängig und direkt miteinander verbinden und so direkte, schnelle und sichere Routen bieten, die insbesondere für die Alltagsnutzung geeignet sind. Darüber hinaus dient das Netz als Planungsgrundlage für künftige Verbesserungen der Radverkehrsinfrastruktur und bauliche Maßnahmen (z. B. Lückenschlüsse). Das Projekt ist Teil des Radverkehrsprogramm Bayern 2025. Dazu wurde bereits ein Entwurf erarbeitet. Dieser wird derzeit auf Landkreis-Ebene fachlich abgestimmt, um auch auf die spezifischen Gegebenheiten und Kenntnisse vor Ort eingehen zu können.

Dazu findet ein regelmäßiger Austausch mit dem Staatsministerium statt, der Landkreis wird dabei von unserer Radbeauftragten Frau Bunes vertreten. Nach der Abstimmung des Wegenetzes ist eine Befahrung vorgesehen, die voraussichtlich im Jahr 2022/2023 stattfinden wird.

Ich kann Ihnen versichern, dass unsere Radbeauftragte Frau Bunes die Interessen des Landkreises intensiv vertreten wird.

Kreisrat Theodor Förster (AfD) spricht einen schweren Verkehrsunfall in Ammerndorf an. Er fragt nach Informationen zur Unfallursache und ob es Überlegungen für Maßnahmen gebe, bspw. Verkehrsschilder, um solche Unfälle zu vermeiden.

Der **Vorsitzende** erklärt, verkehrsrechtliche Anordnungen liegen in der Zuständigkeit des Staatlichen Landratsamtes. Es sei noch unklar, warum der Fahrer auf die Gegenfahrbahn geraten sei. Eine genaue Analyse sei von der Polizei veranlasst worden. Das gutachterliche Ergebnis kenne er noch nicht.

Landrat Matthias Dießl schließt um 09:36 Uhr die 3. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses.

Zirndorf, den 07.04.2021

Matthias Dießl
Landrat

Yvonne Greger
Schriftführer/in